

# Calmer Tagblatt

Nr. 151.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Erscheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile RM 2.50. — Postamt N. 7. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Montag, den 3. Juli 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellung RM 60.— vierteljährlich. Postbezugspreis RM 60.— mit Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

Der Reichstag hat das Getreideumlagegesetz im wesentlichen nach den Beschlüssen der 2. Lesung endgültig angenommen. U. a. wurde der Gesetzentwurf des Art. 18 der Reichsverfassung über die Neugliederung des Reiches in 2. Lesung beraten und angenommen.

Nach einem Privattelegramm der „Cra Nouvelle“ aus Warschau soll General Lersand für den Posten eines französischen Gesandten in Warschau in Aussicht genommen sein. — Das ist der richtige Mann am richtigen Platz.

Der Auswärtige Ausschuss des deutschen Reichstags hat den Rapallovertrag genehmigt.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Juli. Die Sitzung beginnt vormittags 11 Uhr. In der 3. Lesung der Getreideumlage gibt Abg. Weder-Hessen (D. W.P.) eine Erklärung ab, daß seine Fraktion den Gesetzentwurf nicht als geeignet ansehen werde, die Bevölkerung ausreichend zu angemessenen Preisen mit Brot zu versorgen. Sie stimme daher der Vorlage nicht zu, werde aber, wenn sie Gesetz werden sollte, mit allen Kräften an der Durchführung mitwirken.

Abg. Koenen (Komm.) nimmt den Antrag auf Erhöhung der Getreideumlage auf 4 1/2 Millionen Tonnen wieder auf und behauptet, daß die Mehrheitssozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien zusammen gehen, statt den Gedanken der Reichstagsauflösung zum Ende zu verfolgen.

Es folgt eine längere Auseinandersetzung zwischen den unabhängigen Abgeordneten Dr. Herx und Crispian einerseits und dem Abg. Koenen andererseits. Die ersten beiden werfen den Kommunisten vor, die Einheitsfront der Arbeiter zerschlagen zu haben. Wenn man bei der Getreideumlage Herrn Koenen folgen würde, wäre das eine Verfündigung an der notleidenden Arbeiterschaft. — Abg. Koenen gibt den Vorwurf der Zerschlagung der Einheitsfront der Arbeiter den Unabhängigen zurück und fordert für die Festsetzung der Brotpreise Anbahnung eines Ausschusses, der aus Arbeiterorganisationen gebildet wird.

Nach einem Antrag der Sozialdemokraten soll die Freigabe bei 10 Hektar Anbaufläche liegen, bei Zugrundelegung der landwirtschaftlichen genutzten Fläche bei 5 Hektar.

Minister Fehr: Der Grundgedanke des Antrags ist zu billigen, aber die Folgen sind hinsichtlich der Verschiebungen in der Oberverteilung unübersichtbar. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag wird gegen den Einspruch des Ministers angenommen.

Nach einem Antrag Erkelenz (Dem.) und Diez (Str.) soll die Freigrenze 2 Hektar der Getreideanbaufläche für Betriebe bis 10 Hektar betragen.

Nach diesem Antrag wird gegen den Einspruch des Ernährungsministers angenommen.

Außerdem wird auf Antrag der sozialdemokratischen Parteien die Bestimmung gestrichen, wonach die Versorgungsberechtigung auf Antrag eintritt.

Im übrigen wird das Gesetz nach den Beschlüssen der 2. Lesung angenommen und zwar mit 217 gegen 137 Stimmen. Gegen das Gesetz stimmen die Kommunisten, Bayer, Volkspartei und die beiden Rechtsparteien.

Das Personalschädengesetz, das den Ersatz der durch den Krieg und die Besetzung deutschen Reichsgebieten verursachten Personenschäden betrifft, wird in 3. Lesung unverändert angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Zulassung der Frauen zu den Ämtern und Berufen der Rechtspflege, verbunden mit einem von den drei sozialistischen Parteien beantragten Gesetzentwurf über die Gleichstellung der Frauen in der Justiz.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen und der Antrag der Linksparteien für erledigt erklärt.

Eine Reihe kleinerer Vorlagen wird hierauf debattelos bewilligt, ebenso das Gesetz, das bestimmt, daß in der Tatfache der unehelichen Mutterschaft allein kein Grund zur Einleitung disziplinarer Maßnahmen gegen eine Beamtin liegt.

Es folgt die 2. Lesung des Gesetzentwurfs des Art. 18 der Reichsverfassung über die Neugliederung des Reiches.

Abg. Schulz-Bromberg (DN.) führt aus, daß das Gesetz der Verfassung widerspreche und damit eine Verfassungsänderung darstelle. Es sei bedauerlich, daß man nach den Erfahrungen seit Weimar, wo staatsrechtliche Phantasten sich annahmten, das alte Preußen mit dem Lineal aufzuteilen, noch nicht von dieser hinverbrannten Idee abgekommen sei. Selbst die Sozialdemokraten hätten, als sie in Preu-

ßen zur Macht kamen, die Bedeutung eines starken Preußens erkannt und sich von der Teilungsidee abgewandt. Wenn das Reich Abstimmungen inszenieren und organisieren könne, würden für alle Länder Enttäuschungen und Überraschungen bevorstehen. Preußen verlange nicht nach fremden Früchten, wolle sich aber auch die eigenen nicht nehmen lassen.

Abg. Soilmann (Soz.) erklärt in dem Initiativrecht des Reiches, Abstimmungen vorzunehmen, keine Verfassungsänderung. Wenn es Preußen nicht gelungen sei, die Gebietsteile von 1864 und 1866 innerlich für sich zu gewinnen, so sei das die Schuld der konservativen Regierung gewesen.

Abg. Lauscher (Str.): Das deutsche Volk hat augenblicklich allerdings Wichtigeres zu tun, als einen Umbau des Reichshauses vorzunehmen. Das Gesetz ist kein Kampfmittel gegen Preußen; es soll dem deutschen Volke die Lebensmöglichkeit schaffen, aber nicht Preußen vernichten. Wenn Preußen die in sein Gebiet eingesprengten kleinräumlichen Teile sich angliedert, sollte es auch nicht so ablehnend wie im Hamburger Fall sich jedem Versuch einer Verständigung über Gebietsabtretungen stellen.

Abg. Dr. Kahle (D. W.P.) fordert Ausdehnung der Sperrfrist für die Wiederholung eines abgelehnten Antrags auf Gebietsänderung auf 30 Jahre statt auf 10 Jahre und beantragt Einfügung eines neuen § 18a, wonach den Stimmberechtigten, die den Zulassungsantrag eingereicht haben, gegen die Entscheidung des Ministers Berufung an den Staatsgerichtshof zustehen soll. Von einer scharfen Gegnerchaft der Volkspartei gegen das Gesetz könne keine Rede sein. Aber nachdem die wichtigsten Anträge der Volkspartei im Ausschuss abgelehnt seien, könne die Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Staatssekretär v. Wetzler: Die Reichsregierung muß, sobald ein entsprechender Wunsch hervortritt, der sich mit der Frage der Um- und Neubildung des Reiches befaßt, prüfen, wie der Wille der Bevölkerung ist. Ist der Wille klar erkennbar, wird nicht erst zur Abstimmung zu schreiten sein. Die Reichsregierung denkt nicht daran, an jedem Tag und in jedem Gebiet eine Abstimmung vorzunehmen.

Abg. Koch-Weser (Dem.) wendet sich gegen das Mißtrauen gegen das Reich, das aus den heutigen Ausführungen deutlich hervortrete. Man wolle andere Mächte stärken, anstatt das Reich selbst. Dem Reich müsse das Recht gegeben werden, ordnend einzugreifen. Bei Koburg (Bayern) sei es ohne das Eingreifen des Reiches gegangen. Bei der Hamburger Hafenfrage lege die Sache schon anders. Es handle sich nicht darum, Preußen zu zerschlagen, sondern zwingende Gründe führten zu diesem Gesetz. Warum soll der Zwergstaat Waldeck, der die Größe eines Kreises habe, aufrecht erhalten werden? Die unglückliche Zerstückelung des Reiches werde ohne dieses Gesetz niemals aufhören. Ein Reichskriminalgesetz hätten wir seit Jahren, und hätten politischen Verschwörungen wirkungsvoll begegnen können, wenn Preußen nicht Widerstand geleistet hätte, nur weil es seine eigene Organisation nicht aufgeben wollte. Freiherr v. Steins Wort gelte noch heute: Ich kenne nur ein Vaterland, und das heißt Deutschland.

Abg. Dr. Meyerle (D. W.P.) spricht als Vertreter einer kleinen föderalistischen Partei seine Befriedigung über die Arbeit des Ausschusses aus. Das Gesetz bedeute nicht ein Moment dauernder Beunruhigung, sondern ein solches, das wahre Freiheit gewähre.

Abg. Dr. Breitscheid (U. S. P.): Hier handelt es sich um eine Reichssache, nicht um eine Sache der Länder. Darum müsse auch das Reich das Recht der Initiative haben. Die Totenklage eines Abgeordneten, der sich deutschnational nenne, um Preußen, sei deshalb wenig angebracht gewesen.

Nachdem Abg. Schulz-Bromberg (DN.) noch betont hat, daß der Gesetzentwurf sich in erster Linie gegen Preußen richte, und es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit eines jeden guten Preußen sei, für sein altes Vaterland einzutreten, schließt die Aussprache.

Unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge wird das Gesetz nunmehr in der Ausschussfassung in der zweiten Lesung angenommen. — Die sofortige Vornahme der dritten Lesung scheiterte am Widerspruch der Rechten.

Das Gesetz zur weiteren Entlastung der Gerichte wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die 2. Lesung des Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder.

Nachdem Kommunisten und Unabhängige sich gegen die Vorlage ausgesprochen haben, wird diese bei sehr schlecht besetztem Haus gegen die Stimmen dieser beiden Parteien in 2. Lesung angenommen.

Bei der 3. Lesung bezweifelt Abg. Hölein (Komm.) die Beschlussfähigkeit des Hauses.

Vizepräsident Dr. Kießer beruft die neue Sitzung auf 10 Minuten später, also für 1/7 Uhr ein.

In der neuen Sitzung wird der Staatsvertrag über den Uebergang der Staatseisenbahnen auf das Reich dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Dann wird ohne Debatte das Schutzpolizeigesetz in 3. Lesung angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Rapallo-Vertrag und Arbeitsnachweisgesetz. Schluß gegen 7 Uhr.

## Zur innerpolitischen Lage.

### Dr. Hermes gerechtfertigt.

Berlin, 1. Juli. Der Reichstagsausschuss zur Untersuchung gegen Dr. Hermes hat sich dahin ausgesprochen, daß er keine Veranlassung gegeben sieht, dem Reichstag zu empfehlen, gegen den Minister Dr. Hermes vorzugehen. Der Vertreter der USP. hat sich an dieser Beschlussfassung nicht beteiligt.

### Dr. Heinze lehnt die Berufung in den Staatsgerichtshof ab.

Berlin, 1. Juli. Der Reichstanzler hat, wie der „Schw. Merkur“ erfährt, dem früheren Justizminister und Vizekanzler Dr. Heinze die Berufung als stellv. Mitglied in den Staatsgerichtshof angetragen. Dr. Heinze hat aber abgelehnt.

### Der Kampf gegen die Organisation C.

Weimar, 2. Juli. Wie vom thüringischen Ministerium mitgeteilt wird, ist im Anschluß an die Ergebnisse der Untersuchung des Nordes an Rathenau Befehl erteilt worden, alle Mitglieder der an der Verschwörung beteiligten Organisation C. zu verhaften. Es ist bereits eine große Anzahl von Verhaftungen erfolgt, wobei wichtiges Beweismaterial gefunden worden ist, das aber im Interesse der weiteren Durchführung der Untersuchung einstweilen geheim gehalten wird.

### Der deutsche Gewerkschaftsbund gegen den Streik am 4. Juli.

Berlin, 1. Juli. Der Deutsche Gewerkschaftsbund richtet an seine Mitglieder folgenden Aufruf: Die sozialdemokratischen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten und die sozialdemokratischen Parteien fordern erneut zur Arbeitsruhe für Dienstag, den 4. Juli auf. Lehnt die Beteiligung an dieser abermaligen Lahmlegung des Wirtschaftslebens mit Entschiedenheit ab! Solcher sinnloser Mißbrauch gewerkschaftlicher Machtmittel schädigt das Volk. Er vergrößert nur unsere schreiende Not. Dem Schutz der Verfassung wird damit nicht gedient. Christliche Arbeiter, Angestellte und Beamte, erweist euch erneut als der Ordnungsbund der deutschen Volksgemeinschaft.

## Die Uebergabe Oberschlesiens.

### Die Opfer der Franzosen.

Hindenburg, 1. Juli. Wie der „Oberschlesische Wanderer“ meldet, wurden bei der Schießerei am 29. Juni 15 Personen, und zwar 12 Männer, 2 Frauen und ein Kind getötet; 24 Personen wurden schwer verletzt. Die Zahl der Verwundeten sei viel größer. Sie lasse sich auch nicht annähernd feststellen, da die meisten sich sofort nach ihrer Wohnung begaben.

### Immer noch Ueberfälle durch die Polen.

Beuthen, 2. Juli. Ein mit Waffen beladenes Lastauto wurde bei Karz von bewaffneten Banditen überfallen und zum Teil ausgeraubt. Desgleichen wurden zwei nach Gleiwitz fahrende Automobile, die Gewehre und Munition und Kleidungsstücke der aufgelösten Gemeindeführer mitführten, von Banditen überfallen und zum Teil ausgeraubt. Mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüstete Banditen versuchten in der Nacht zum Samstag, die polnisch-deutsche Grenze zu überschreiten, wobei es zu einem Feuergefecht kam, das bis zum nächsten Morgen dauerte. Der Versuch wurde vereitelt.

### Beruhigung in Gleiwitz.

Gleiwitz, 2. Juli. Ueber die gestrigen Vorgänge in Gleiwitz ist noch zu berichten, daß sich die Zahl der Toten auf höchstens sieben beziffert. Unter den Toten befindet sich ein französischer Offizier. Die Zahl der Verwundeten dürfte etwa 15 betragen. Heute Sonntag ist eine bedeutende Beruhigung eingetreten. Zumal die Franzosen im Laufe des heutigen Tages die Stadt verlassen, nachdem die Italiener bereits abgerückt sind und mehrere Hundertschaften Schutzpolizei in Gleiwitz eintrafen. Der über Beuthen verhängte Belagerungszustand hat Montag früh sein Ende erreicht. Der Fahnenwechsel erfolgt sowohl in Hindenburg als auch in Gleiwitz Montag Vormittag.

### Der Bevollmächtigte Polens für die Uebernahme der 3. Zone.

Warschau, 1. Juli. (Polnische Telegr. Agentur.) Der Minister hat den Minister des Auswärtigen, Narutowicz, ermächtigt, die polnische Regierung bei der Uebernahme der letzten Zone in Oberschlesien zu vertreten.

## Zur auswärtigen Lage.

### Unerschämte Lügen und Hegebre Poincaré's.

Paris, 2. Juli. Auf einem Festmahl des Republikanischen Ausschusses für Handel, Industrie und Landwirtschaft hielt Poincaré gestern eine Rede über die innere und die äußere Politik der französischen Regierung. Er sagte u. a., in Frankreich sei im August 1914 niemand so mit Blindheit geschlagen gewesen, daß er den deutschen Angriff entschuldigt und die dauernden friedlichen Absichten der französischen Regierung in Zweifel gezogen hätte. Man hätte solche Männer gesteinigt. Einmütig sei das Volk bis 1917 geblieben. Dann sei eine Zeit des Schwankens gekommen. In der gegenwärtigen Zeit liege das Phantom von 1917 erneut auf der Lauer. Die heutigen Defaitisten möchten das kaiserliche Deutschland von der Kriegsschuld befreien und die Grundlagen erschüttern, auf denen die siegreichen Nationen die Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Trianon aufgebaut hätten. Zu gleicher Zeit lieferten sie aber auch Waffen den Ausländern, die die Franzosen als ein militäristisches und vom Imperialismus erfülltes Volk bezeichneten. Diese gehässige Propaganda, die sehr häufig von Deutschland oder von holländischer Seite inspiriert werde, werde bald zerbrechen. Aber die französische Regierung könne keine Beamten dulden, die sich an derartigen Bestrebungen beteiligten. — Ueber die Reparationsfrage sagte Poincaré: Deutschland arbeite emsig an der Aufrichtung seiner Industrie und seiner Handelskraft. Man dürfe sich nicht zu einer Handlung hergeben, die es den Deutschen gestatten würde, sich auf Kosten der Gläubiger zu bereichern. Die französische Forderung sei schon genügend herabgesetzt worden. Frankreich habe seine Reparationen an Stelle Deutschlands bezahlt und hierfür 90 Milliarden vorgeschossen. Wird ein Zusammenbruch Frankreichs für den Handel der gesamten Welt nicht große Folgen haben? Bildet man sich ein, daß dann der wirtschaftliche Aufbau Europas leichter ist? Frankreich verfolge nicht lediglich egoistische Zwecke; es wolle nicht an der Bürde einer ungerechten Last zusammenbrechen. Es wolle Frankreich bleiben, das heißt ein Land, das im Kriege heroisch zu sein im Stande war und im Frieden einer der besten Arbeiter für die menschliche Zivilisation und den menschlichen Fortschritt sein wolle.

### Von der Haager Konferenz.

Paris, 2. Juli. Der Vertreter Italiens auf der Haager Konferenz erklärte dem Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“, daß das in Genue mit Tschitscherin abgeschlossene Abkommen nicht von Moskau ratifiziert worden sei, bleibe das alte Handelsabkommen in Kraft.

### Die 1. Sitzung der Internationalen Elbekommission

Prag, 1. Juli. Gestern wurde im Repräsentantenhaus die erste Sitzung der Internationalen Elbekommission abgehalten, an der neben Delegierten der Tschechoslowakei, Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens auch vier deutsche Vertreter teilnahmen. Beratungsgegenstände sind unter anderem die Ausarbeitung eines Vertrages über Schiffsfahrtsrechte, sowie über die Ratifikation und in Inkraftsetzung der Elbeakte.

### Die Lage in Irland.

London, 2. Juli. Die Rebellen haben sich jetzt in Sackville Street, der Hauptstraße Dublins, in einem Häuserviereck verschanzt und verbinden die Häuser durch Tunnels unter einander. Devalera soll dort das Kommando führen. Die Freistaatstruppen halten die gegenüberliegenden Straßenseiten besetzt. Gestern früh machte ein Panzerauto einen Angriff auf die Freistaatstruppen. Der Stabschef der Freistaatler ließ bekannt machen, daß Mörder sofort erschossen werden. 50 Rebellen ergaben sich gestern früh in der Nähe von Four Courts. Bei den gestrigen Kämpfen in Dublin gab es 12 Tote. In den südwestlichen Grafschaften sind die Kämpfe allgemein geworden. Dublin ist durch Sprengung einer Brücke vom Eisenbahnverkehr mit dem Norden abgeschnitten.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 3. Juli 1922.

### Konzert der Calwer Stadtkapelle.

Das Konzert gestern vormittag hat, wie zu erwarten war, allgemeinen Anklang und lebhaften Besuch gefunden. Lustig erkündeten die Weisen der Musik über den altstädtischen Marktplatz mit seinen Siebelhäusern hin. Sommerlich gekleidete Menschen, frohliche Gesichter, gaben ein hübsches Sonntagsbild. Musikdirektor Frank mit seiner Kapelle gab sein Bestes.

### Erfolge eines Calwer Künstlers.

Wie uns mitgeteilt wird, hat auf der Düsseldorfener Großen Kunstausstellung auch der Kunstmalers Pfeiffer aus Calw ausgestellt und mit seinen Werken große Anerkennung erzielt.

### Ein Wort für die Zeitung der Heimat.

Die Ev. Pressekorrespondenz schreibt: Durch die gewaltige Steigerung ihrer Herstellungskosten haben sich die Zeitungen genötigt gesehen, ihre Bezugspreise neuerdings zu erhöhen. Das legt manchem Leser den Gedanken nahe, auch seine Ortszeitung abzubestellen. Es ist nicht genügend bekannt, welche bedeutenden Kulturfaktor die kleinen Zeitungen bilden. Sie bringen durch ihre Nachrichten aus der nächsten Umgebung die Mitbürger, die Stadt- oder Dorfgemeinschaften, die Gemeinden des Bezirks einander nahe; sie pflegen Heimat- und Nächstenliebe. Es würde etwas vom Nützlichsten und Traulichsten aus unserem öffentlichen Volksleben verschwinden und die Verwurzelung in der Heimat, ohne die der Mensch innerlich krank wird, würde in einem wichtigen Stück durchschnitten, wenn unsere kleine drückende Presse aufhören müßte oder durch Allerweltblätter aus der Großstadt ersetzt würde. Diese verhängnisvolle Entwicklung wirkt bu nicht wollen herbeiführen helfen; drum spare lieber an Tabak und Zigaretten, trinke ein paar Glas weniger in der Woche und bleibe deiner Zeitung treu!

## Schulgedenkfeier für Rathenau.

Der Staatsanzeiger enthält im amtlichen Teil eine Bekanntmachung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens über eine vaterländische Gedächtnisfeier in den Schulen anlässlich der Ermordung des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Rathenau, die auf einem Beschluß des Staatsministeriums beruht. Es soll daher in allen Schulen allgemeinbildender Art in der Woche vom 3.—8. Juli für die reiferen Schüler eine kurze Gedächtnisfeier abgehalten, hierbei der Tätigkeit des Ermordeten für den allmählichen Wiederaufbau Deutschlands gedacht und schließlich und vor allem die gegenseitige Achtung und der Zusammenhalt aller deutschen Staatsbürger gefordert werden. Von jeder Form parteipolitischer Ausnutzung hat die Gedächtnisfeier sich aufs gewissenhafteste freizuhalten.

## Das Ausführungs-gesetz zum Landessteuergesetz.

Zwischen Staat und Gemeinden bestehen zurzeit über den finanziellen Ausgleich, der durch das Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz geregelt werden soll, erhebliche Differenzen. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um die von der Regierung geplante Begrenzung der Gemeindeumlage bzw. die Bemessung der prozentualen Zuschläge zu den neuen Katastern, zugleich auch um die Verteilung der Steuern auf die Jahre 1920 und 1921. Da Staat und Gemeinden in schwerer finanziellen Bedrängnis stehen, suchen beide, davon sich einen Höchstanteil zu sichern. Nachdem die Stuttgarter Stadtverwaltung die Pressevertreter über die Wünsche und Forderungen der Gemeinden unterrichtet, gaben Finanzminister Dr. Schall und Ministerialrat Dr. Dehlinger über diese Frage grundsätzliche Darlegungen. Die finanzielle Lage der Gemeinden wie der Länder war bisher unsicher und unklar, weil die größten Steuern vom Reich in Anspruch genommen werden und weil es infolge der Geldentwertung unmöglich ist, aus den Steuereinnahmen die Ausgaben zu decken. Durch Vor- und Zuschüsse des Reichs wurde bisher die Wirtschaft aufrecht erhalten. Wohl ist in Aussicht gestellt, daß im Herbst die Anteile der Länder und Gemeinden an der Einkommensteuer als der wichtigsten Steuerquelle von zwei Drittel auf drei Viertel erhöht werden. Die Unterabteilung des Landesanteils zwischen Staat und Gemeinden soll durch das Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz geregelt werden und zwar auf neuer Grundlage. Der Staat ist darauf angewiesen, daß er aus der Einkommensteuer große Summen einnimmt, um namentlich den Haushalt für 1922 mit einem eträchtigen Bild vor den Landtag zu bringen. Wenn wesentliche Verschiebungen eintreten, müßten die Katastersteuern in höherem Maße in Anspruch genommen werden. Es dreht sich darum, daß die Gemeinden mehr von der Einkommensteuer haben wollen, wodurch sich die Katastersteuer ermäßigen könnte, andererseits aber der Staat dadurch gezwungen würde, die Katastersteuern zu erhöhen. Der bisher vorgelegene Referentenentwurf ist umgearbeitet. Es ist darin an der Begrenzung der Gemeindeumlage festgehalten, nachdem sich die Wirtschaftsorganisationen dafür ausgesprochen haben. Die Katastersteuern werden von den Erträgen der produktiven Arbeit erhoben. Die Konkurrenzfähigkeit des Gewerbes und die großen Unterschiede in der Gemeindeumlage berechtigen zu einer Begrenzung der Umlage. Da das Reich seinen Gesetzentwurf erst im Herbst vorlegt, ist Württemberg gezwungen, durch das Ausführungsgesetz eine vorläufige Regelung zu treffen. Die Regierung und das Ministerium des Innern haben bisher zu dem Entwurf keine Stellung genommen, lediglich das Finanzministerium, das ihn den Organisationen vorlegt. Der Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer war so geregelt, daß das Reich ein Drittel, Staat und Gemeinden zwei Drittel oder mindestens des Steueraufkommens von 1919 plus 25 Proz. erhalten sollten. Es ergab sich ein Ueberschuß von 205 Millionen Mark, weil 1919 die Geldentwertung nicht in Rechnung gestellt wurde. Die durch das Landessteuergesetz vorgesehene Unterabteilung würde für 1922 ergeben, daß die Gemeinden 63 Proz., der Staat nur 37 Proz. von dem Steueraufkommen erhalten, für den Staat ein unhaltbarer Zustand. Darum ist es Sache des Gesetzgebers, diese Anteile neu zu regeln. Bezüglich des neuen Katastersteuergesetzes wurde mitgeteilt, daß für 1923 zum Grundkataster ein erheblicher Zuschlag vorgesehene ist, wodurch sich die Beteiligung der Gemeinden an den Lasten der Amtskörperschaft ändern dürfte. Beim Gewerbesteuer handelt es sich um die Abstriche. Es soll bekanntlich der persönliche Arbeitsverdienst, der schon durch die Einkommensteuer besteuert wird, in Abzug gebracht werden. Im Jahre 1921 waren es z. B. 61.000 Gewerbetreibende mit einem Gewerbesteuerkapital bis zu 5000 Mark. 95 Proz. davon wären abzugsfähig. Für 1922, für welches Jahr das Gesetz gelten soll, haben sich die finanziellen Verhältnisse der einzelnen Gewerbetreibenden jedoch erheblich geändert. Aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen ist deshalb das Finanzministerium der Auffassung, daß die Gemeindeumlage auf etwa 20 Prozent begrenzt werden muß. Die Gemeinden kommen dabei nicht zu kurz. Die Anteile aus der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer wie die Erträge der Umsatzsteuer werden höher. Die Erhaltung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates gebietet eine gesetzliche Regelung, die für 1922 von den Städten und Gemeinden anerkannt, aber für 1920 und 1921 bestritten wird. Auf die Dauer ist es unmöglich, einen erheblichen Teil der Einkommensteuer durch den Ausgleichsstock den Gemeinden zuzuweisen. Künftig soll er nur eine Hilfsfunktion verrichten. Der bisherigen historischen Entwicklung entsprach es, daß der Staat hauptsächlich die Einkommensteuer, die Gemeinden aber die Katastersteuer als Steuerquelle besitzen. Darauf fußt der neue Gesetzentwurf.

## Auflösung der württ. Landesbekleidungsstelle.

Die württ. Landesbekleidungsstelle, die ursprünglich die Maßnahmen zur Sicherstellung des Bedarfs der bürgerlichen Bevölkerung an Web-, Wick- und Strickwaren, sowie Schuhwaren als zentrale württ. Landesstelle zu leiten hatte und deren Aufgabe sich nach der Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung von Kleidern und Wäsche sowie von Schuhwaren auf die Durchführung der Versorgung der in Kleidungsnot befindlichen Bevölkerung mit Textil- und Schuhwaren (sog. Textil- und Schuhnotstandsversorgung) beschränkte, stellt mit dem 30. Juni ihr eTätigkeit ein. Hierzu zwingt sie die Erschöpfung der ihr für die Textil- und Schuhnotstandsversorgung zur Verfügung stehenden Warenbestände, die sich in der Hauptsache aus freiverwendbaren Heeresresten und aus den Lieferungen der auf 1. April 1921 in

Biquidation getretenen und nunmehr aufgelösten Textilnotstandsversorgung G. m. b. H. in Berlin zusammensetzten. Die Abwicklung der noch schwebenden Geschäfte der Landesbekleidungsstelle erfolgt durch das Arbeitsministerium.

## Von der Landes-Universität.

Im Sommersemester 1922 befinden sich 3180 Studierende, darunter 242 weibliche, an der Universität. Im einzelnen studieren: Evang. Theologie 599, kath. Theologie 177, Rechtswissenschaften 692, Medizin 541, Philosophie usw. 410, Staatswissenschaften 290, Mathematik und Naturwissenschaften 219, Chemie 147, Zahnheilkunde 87, Pharmazie 18. Dazu kommen noch 115 zum Besuch von Vorlesungen ermächtigte Personen, so daß die Gesamtzahl der Teilnehmer am Unterricht 3295 beträgt, darunter 1506 Nichtwürttemberger, unter letzteren 101 deutschstämmige Ausländer, 29 Schweizer und 27 sonstige Ausländer.

## Postkreditbriefe.

Auf die Einrichtung der Postkreditbriefe wird aufmerksam gemacht. Sie erleichtern bei Reisen den Zahlungsverkehr sehr. Der besondere Vorteil der Postkreditbriefe besteht darin, daß der Inhaber seine Geldmittel bei jeder Postanstalt des Deutschen Reiches in einfachster Weise ergänzen kann. Bestellungen auf Postkreditbriefe nimmt jede Postanstalt entgegen.

## Ueberwacht die Heustöckel

Alljährlich hört man, daß diesem oder jenem Landwirt infolge Selbstentzündung des Heus das Gehöft abgebrannt ist. Es ist erwiesen, daß die Gefahr des Selbstentzündens umso größer ist, je mehr Heu in kurzer Zeit auf den Stock kommt oder wenn das Heu in nicht ganz einwandfreiem trockenem Zustand eingebracht werden muß. Auch kommt es vor, daß sich der Stock zwar nicht selbst entzündet, aber infolge der starken Gärungshitze im Heustock das Heu gebräunt wird oder verkohlt. Durch zweckmäßige Anlegung des Heustocks, durch Einlagen von Strohbündeln und durch Einstreuen von Viehsalz in stark verregnetes Futter kann die Gefahr bedeutend vermindert werden. Trotz dieser Vorsichtsmaßregeln ist aber der Landwirt nie ganz sicher, ob der Heustock sich nicht zu stark erhitzt. Ein sicheres Mittel, um die Temperatur des Heustocks zu ermitteln und ihn unter beständiger Kontrolle zu halten, ist die Anwendung des Heustockthermometers.

## Heuschnupfen.

Der Heuschnupfen ist eine jener Sommerkrankheiten, von denen so viele befallen werden und über die man keineswegs spotten sollte, weil sie wirklich nicht ganz ungefährlich ist. Der Blütenstaub gewisser Gräser ist es, der den Heuschnupfen, das gefährliche Heufieber, auch Heuschnupfen oder Sommerkatarrh genannt, verursacht. Dieser histologische Katarrh der Nase und der oberen Luftwege gibt an Hartnäckigkeit dem durch Erkältung entstehenden Winterkatarrh nichts nach. Als Mittel gegen das Heufieber sind rasche Luftveränderung, neuerdings auch Impfungen mit Heufieberserum (Pollanin) und Massage der hierzu unempfindlich zu machenden Nasenschleimhaut zu nennen. Am wirksamsten hat sich noch immer die Luftveränderung, also das Ausreisen vor der gefährlichen Zeit der Heuernte, gezeigt.

## Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Die Luftdruckverteilung ist in der Hauptsache unverändert, aber flache Einsenkungen begünstigen die Bildung von Wärmegewittern. Am Dienstag und Mittwoch ist deshalb teilweise bedecktes, vielfach gewittriges und nach ergiebigen Niederschlägen auch abgekühltes Wetter zu erwarten.

## Sport und Spiel.

### Schwimmen.

Beim Schwimmen verläßt der Mensch den sicheren Boden unter den Füßen und vertraut sich einem Elemente an, für das er nicht geboren ist, das er aber beherrschen lernen kann, genau so wie heute durch den Flugsport die Luft immer mehr in Besitz der Menschen genommen wird. Raft und ohne Hilfsmittel tummelt er sich im köstlichen Wasser. Auge und Herz weiten sich; reinste, staubfreie Luft strömt durch alle Organe des Körpers; der Schweiß ist verschwunden, die richtige Hautatmung auf's höchste gesteigert. Darum kann ruhiges Schwimmen bei regelmäßiger Atmung niemals und niemanden schädlich sein. Es ist der Gefundbrunnen des ganzen Volkes. Einem Höhepunkt bildet heute das Springen. Welch schönes Bild, wie der Springer auf hohem Gerüst, ganz gesammelt, in prächtig geschwungener Kurve ins Wasser schleißt. Raft frei und rein, ganz auf sich gestellt und wie ein zu Erz gewordener Wille in menschliche Form, scheint er das vollendetste Bild menschlicher Schönheit.

### Turnermeisterschaften.

Darum hat schon der alte Jahn das Schwimmen die beste „Brachkunst des Lebens“ genannt und seine Jünger, die deutschen Turner, haben ihm treu gedient bis auf den heutigen Tag. In Schwaben bestehen heute in vielen Turnvereinen Schwimmerriegen und Schwimmabteilungen. Zum erstenmal treffen sich im großen Maßstabe die Turnschwimmer beim 40. Kreisturnfest in Eßlingen am 29. und 30. Juli. Alle heutigen sportlichen Schwimmarten und Sprünge werden in einem Sieben-, Vier- und Dreikampf für 3 Altersklassen zum Austrag kommen, zahlreiche Staffeln werden ausgetragen und Vereinsriegen werden Reigen, Rettungsschwimmen, Kunstschwimmen und Gruppenspringen vorführen. Jeder ausübende Schwimmer und Freund des Schwimmsports wird auf seine Rechnung kommen.

Hirsau, 3. Juli. Auch dieses Jahr erfreuen sich die hiesigen Konzerte allgemeiner Beliebtheit und regen Besuch. Gestern spielte die Calwer Stadtkapelle in bekannter anerkennenswerter Weise und unter der bewährten Leitung von Musikdirektor Frank. Das Wetter, zuerst regen- und gewitterdrohend, hielt sich, und Kurgäste des Ortes und Besucher von auswärts boten in dem sommerlichen Grün der Landschaft ein farbenfrohes Bild.

(S.W.) Stuttgart, 30. Juni. Die Vereinigung württ. Krantenhausverwaltungen hielt auf dem Stuttgarter Rathaus ihre Jahresversammlung, der auch Vertreter der Ministerien des Ju-

Textilmaschinenbau  
Die Entwicklung der  
Maschinen erfolgt durch  
die Textilmaschinenbau-  
industrie.

150 Studierende,  
Im einzelnen stu-  
die 177, Rechtswis-  
10, Staatswissen-  
kommen noch 115  
sonen, so daß die  
5 beträgt, darun-  
1 deutschstämmige  
länder.

wird aufmerksam  
ungsverkehr sehr.  
ht darin, daß der  
kt des Deutschen  
Befestigungen auf  
el

em Landwirt in-  
abgebrannt ist.  
entzündens umfo  
Stoß kommt oder  
rodenem Zustand  
or, daß sich der  
der starken Gär-  
rd oder verlohnt.  
ch Einlagen von  
sch in stark ver-  
rminindert werden.  
andwirt nie ganz  
Ein sicheres Mit-  
mitteln und ihn  
Anwendung des

unkheiten, von de-  
man keineswegs  
efählich ist. Der  
Heuschrecken, das  
ommerfataren ge-  
der Kasse und der  
durch Erkältung  
s Mittel gegen  
neuerdings auch  
und Massage der  
nhaut zu nennen.  
veränderung, also  
Heuernte, gezeigt.

Wort.  
ändert, aber  
Wärmegeleitern.  
bedecktes, vielfach  
abgekühltes Wet-

heren Boden unter  
für das er nicht ge-  
enau so wie heute  
heißt der Menschen  
melt er sich im köst-  
ste, staubfreie Luft-  
st ist verschwunden,  
arum kann ruhig  
niemanden schäd-  
en Volkes. Einem  
ines Bild, wie der  
prächtigt geschwun-  
rein, ganz auf sich  
menschliche Form,  
heit.

die beste „Brauch-  
deutschen Turner,  
ag. In Schwaben  
bimmerliegen und  
im großen Maß-  
rn fesseln in Gß-  
rtlichen Schwim-  
ier- und Dreikampf  
eiche Staffeln ver-  
bimmmeisterschaften  
Reigen, Rettungs-  
vorzuführen. Jeder  
mpports wird auf

ch die hiesigen Kur-  
hs. Gestern spielte  
wörter Weise und  
ranf. Das Wet-  
und Kurgäste des  
sommerlichen Grün-  
ung würt. Kran-  
ter Rathaus ihre  
Ministerien des Ju-

ern und des Rufus anwohnten. Der Vorstand, Hospitalver-  
walter Seeger, berichtete über die wirtschaftliche Lage der Kran-  
kenanstalten und ihre Besteuerung, empfahl, die Verpflegungstari-  
fe künftig monatlich den Indizes anpassen und trat  
für die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und  
privaten Krankenanstalten ein. Ein Gesuch um Ermäßigung  
des Preises für die in den Krankenhäusern benötigten Brannt-  
wein fand allgemeine Unterstützung. Sodann wurden weitere  
Fragen besprochen, der Mitgliederbeitrag auf das Fünffache  
erhöht und der Vorstand wiedergewählt.

(S.C.B.) Stuttgart, 2. Juli. Der Kölner Niederkrantz  
stattete gestern dem Stuttgarter Niederkrantz einen Besuch ab  
und veranlaßte zunächst in der Niederhalle, vor ausverkauftem  
Festsaal, unter der Leitung seines Chormeisters, des Hgl.  
Musikdirektors Pöcher Haas, ein hervorragend schönes Konzert,  
das unter den Zuhörern helle Begeisterung hervorrief. Daran  
schloß sich ein Festkommers, dem auch Staatspräsident Dr. v.  
Sieber beiwohnte, der den Gästen aus dem Rheinland herz-  
liches Willkommen entbot und der vaterländischen Reise der Köl-  
ner die Bedeutung beilegte, daß das Band zwischen den deut-  
schen Herzen hier und dort noch fester geknüpft werden soll.  
Namens der Stadtgemeinde Stuttgart entbot Bürgermeister  
Klein den Gruß, namens des Stuttgarter Gaus des Schwäb.  
Sängerbundes Kühnle. Der Vorstand der Kölner, Reiß-  
dorf, dankte und entbot dem Schwabenvolk treudeutschen  
Gruß vom Rhein. Unser deutsches Herz können uns die Feinde  
nicht nehmen. Der Vorstand des Stuttgarter Niederkrantzes,  
Oberpräzeptor Schairer, nahm aus Reißdorfs Hand die  
Ehrenurkunde als Ehrenmitglied des Kölner Niederkrantzes ent-  
gegen.

(S.C.B.) Ehlingen, 1. Juli. (Ein verschwundenes  
Dorf.) Bei dem Kanalbau auf den Sirauner Wiesen wurde  
ein Gräberfeld freigelegt. Aus der Lage der Skelette läßt sich  
schließen, daß es sich um zu verschiedenen Zeiten erfolgte Be-  
setzungen handelt. Die Skelette gehören Menschen verschiedenen  
Alters und Geschlechts an. Beigaben fanden sich außer Scher-  
ben, Münzen, Eisenketten und Rämmen nicht. Die Scherben  
sind mittelförmlich, die Münzen heller, die auf der Vorderseite  
ein gegabeltes Kreuz, auf der Rückseite eine Hand aufweisen.  
Sie gehören der Zeit Eberhards des Greimers, also dem 14.  
Jahrhundert an. Vom 12.—15. Jahrhundert stand in der Ge-  
gend der Fundstätte der Weiler Oberstau, der 1449 im Städie-  
krieg zerstört wurde. Es handelt sich also bei dem Gräberfeld  
um den Friedhof dieses Weilers, der sich bei der Kirche befin-  
den haben muß. Die in der Nähe befindliche Sirauner Furt  
über den Neckar mag zur Gründung des Ortes beigetragen  
haben. Sie war schon den Römern bekannt, worauf in der  
Nähe gefundene Scherben hinweisen. Der Altertumsverein hat  
die Funde geborgen.

### Landtag.

#### Aus dem Steuerauschuß.

(S.C.B.) Stuttgart, 30. Juni. Der Steuerauschuß des Landtags  
begann am Freitag mit der Beratung des Grund-, Ge-  
bäude- und Gewerbebesteuerungsgesetzes. Zu Artikel 1 stellte  
Berichterstatter Schaeff (D. B.) verschiedene Anfragen über die  
Auslegung der Bestimmungen hinsichtlich der Besteuerung von Ge-  
bäuden und Gewerbe in Reichsbetrieben. Seitens der Regierung  
wurde erklärt, daß eine Besteuerung durch den Staat überhaupt nicht  
und eine solche durch die Gemeinden nur bei Grundstücken und Ge-  
bäuden statfinde. Eine längere Erörterung fand über die Besteue-  
rung der sogenannten freien Berufe statt. Von Vertretern des Hand-  
werks und der U.S.P. wurde die Besteuerung befürwortet, und auf  
Sachsen hingewiesen, das neuerdings die freien Berufe mit Gewerbe-  
steuer belegt habe. Von Mitgliedern der Sozialdemokratie und Zentrum  
und der Regierung wurde ausgeführt, daß das Verlangen, möglichst  
alle Kreise zur Steuer hinzuziehen, berechtigt sei, daß aber doch stich-  
haltige Gründe gegen die Besteuerung der freien Berufe vorhanden  
seien. Die Abwälzung der Steuer sei nicht immer möglich, meistens  
handelt es sich um notleidende Kreise. Sachsen habe die Steuer zwar  
eingeführt, aber die Gewerbebesteuerung erfolge nicht vom fundierten

### Auf schiefer Ebene.

Roman von Johannes van Dwall.

75) „Sie ist leidend, Durchlaucht. Ihr Zustand gestattet ih-  
nicht...“ erwiderte Wahlfendorf.  
„Ich weiß.“  
„Und was wird nun aus Ihnen und der Delsnit? — Kann  
ich Ihnen irgendwie mit meinen schwachen Kräften gefällig  
sein?“  
Es war wieder der alte, warme Ton, der herzliche Blick,  
mit welchem Prinzess Aurelie sprach und welcher allemal eine  
gewisse Stelle im Innern des schönen Mannes berührte.  
„Ich habe noch nicht eine Minute Zeit gehabt, um über die  
Zukunft nachzudenken,“ erwiderte er ein wenig verlegen, „spreche  
aber meinen untertänigen Dank aus für Ihre große Güte,  
Durchlaucht.“  
„Genug, — genug!“  
Sie reichte ihm noch einmal die Hand.  
„Ich hoffe, wir bleiben Freunde,“ sprach sie bewegt.  
Sie sah ihn noch einmal an, voll Bedeutung und freundschaft-  
lichem Ernst; dann wandte sie sich um und trat zu den Uebrigen.

Der Hofstaat der Prinzess Friederike wurde aufgelöst. Fräu-  
lein von Delsnit trat in den Hausstand der jungen Prinzess  
über, der alte Minister und noch einige Bedienstete bekamen  
ihren Abschied mit voller Pension und außerdem ein Geschenk  
aus der königlichen Schatzkammer, Wahlfendorf endlich — zum aller-  
größten Erstaunen der Welt — wurde zum Hofmarschall Seiner  
Majestät ernannt.  
So erfüllte dieser nachträglich noch den Wunsch der Ber-  
korenen.

Einkommen. In Bayern und Preußen findet keine Besteuerung statt.  
Der Antrag Henne-Hiller, auch die Berufstätigkeit der Ärzte, Rechts-  
anwälte, Ingenieure usw. und die Ausübung anderer freier Berufe  
in die Gewerbebesteuerung anzuschließen, wurde mit 9 (4 B.P., 3 Z. und  
2. D.) gegen 4 Stimmen (1 B.P., 1 D. und 2 U.S.P.) bei 4 Ent-  
haltungen (3 Soz. und 1 Z.) abgelehnt. Die wiederholte Eingabe  
des würt. Dentistenverbands betreffend Heranziehung zur Gewerbe-  
steuer wurde auf Antrag Hiller mit 11 Ja gegen 6 Nein der Regie-  
rung zur Berücksichtigung überwiesen, soll aber in 2. Lesung mehr  
behandelt werden. Zu Artikel II wurde entgegen einem Antrag  
Winkler (Soz.), der die Befolgungsgrundstücke und Dienstwoh-  
nungen der Steuer unterwerfen will, die Regierungsvorlage mit 12  
gegen 5 (Soz. und U.S.P.) angenommen, nachdem von der Regie-  
rung darauf hingewiesen wurde, daß die Aufhebung der Steuerbefrei-  
ung für Befolgungsgrundstücke und Dienstwohnungen in Artikel 36  
durch Ermächtigung des Staatsministeriums vorgezogen sei. Abge-  
lehnt wurde ein Antrag Reber-Ziegler (U.S.P.), die Be-  
freiung von Kirchen, Bethäusern und Synagogen von der Gewerbe-  
steuer aufzuheben, dagegen einen Antrag auf Befreiung der Bade-  
anstalten zugestimmt. Ein weiterer Antrag Winkler (Soz.) wollte  
die Befreiung von der Gewerbebesteuerung, soweit der Reinertrag 12 000  
Mark nicht übersteigt, auch auf die Konsumvereine ausdehnen. Er  
wurde mit 12 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag August Mül-  
ler (B.P.) bezüglich der Arbeiterproduktiv-Gesellschaften wurde  
zurückgezogen, nachdem die Regierung erklärte, daß bei Vorliegen  
eines Gewerbebetriebs Besteuerung erfolge. Auf Anfrage, wie es mit  
der Besteuerung von Beamtenvereinigungen sei, erklärte die  
Regierung es als eine Sache beim Praxiz, und daß beim Vorliegen  
gewerblicher Tätigkeit Besteuerung statfinde. — Samstag vormittag  
8 Uhr Fortsetzung.

### Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

#### Der Kurs der Reichsmark.

\* Der Dollar hatte am Samstag bereits die 400 Mark-  
Grenze überschritten.

#### Wirtschaftliche Wochenschau.

Geldmarkt. Die schweren innerpolitischen Wirren, die  
sich an die Ermordung des Reichsministers Rathenau knüpfen,  
haben auch die Lage des Geldmarktes sehr ungünstig beeinflusst.  
Das mit viel Mühe und Kunst von der Reichsregierung erbaute  
Schutzwerk gegen die weitere Entwertung der deutschen Mark  
hielt dem neuen Sturm nicht stand. Der Dollar machte in den  
letzten acht Tagen einen Sprung von 326 auf 370 Mark. Die  
Geldknappheit im Inland wird immer stärker fühlbar, die Zu-  
rückhaltung der Banken und die Steigerung des Zinsfußes wer-  
den von der Geschäftswelt schwer ertragen. Die Devisenkurse  
sind sprunghaft in die Höhe gegangen. 100 deutsche Mark kos-  
ten am 29. Juni in Zürich nur noch 1,42½ (am 22. Juni 1,60).  
Franken; in Antwerpen 0,70½ (0,79) Gulden; in Kopenhagen  
1,31 (1,47), in Stockholm 1,10 (1,20) Kronen; in Wien 5495  
(4595), in Prag 1520 (1592) Kronen und in Newyork 0,27  
(0,30½) Dollar.

Börse. Das Börsengeschäft zeigt in dieser Berichtswoche das  
alte traurige Bild einer Befestigung der Tendenz auf Grund  
der Verflechtung der deutschen Valuta. Je rascher der Dol-  
lar der 400-Mark-Grenze zueilt, desto lauffühtiger wird die  
Spekulation. Wo Was ist, sammeln sich die Geier. Immerhin  
blieb die Haussee während dieser Woche noch in leidlichen  
Grenzen und von den Uebertreibungen früherer Art frei, weil man  
auch der innerpolitischen Lage mißtraute und mit der Mög-  
lichkeit von Neuwahlen samt allen ihren gefährlichen Nebenzer-  
rechnungen rechnete. Bevorzugt wurden wieder die Textilpapiere  
und Maschinenaktien. Im Freiverkehr der Stuttgarter Börse  
setzte sich eine allmähliche aber stetige Aufwärtsbewegung von  
Fichtelguld fort. Die Anlagewerte waren auf gut behauptet.

Produktenmarkt. Die wilde Haussee der letzten 14  
Tage übertrifft alle vorausgegangenen Erscheinungen der letzten  
Jahre. Weizenmehl ist jetzt nicht mehr unter 2500 M pro  
Doppelzentner zu haben. Heu wird mit 300—400 M der Dop-  
pelzentner ab Station gehandelt, Stroh noch mit 250—270 M.

Die alte Prinzess war tot und begraben und nach acht Ta-  
gen schon sprach kein Mensch mehr von ihr.

Die Gründe, warum Wahlfendorf im Amte blieb und vor-  
über sich alle Welt den Kopf zerbrach, waren leider sehr ein-  
leuchtend für den Betreffenden selbst.

Es war an einem kalten März morgen, der Kammerherr  
stand in seinem Schlafrock von violetterm Sammet ein wenig  
verstimmt vor dem Fenster seines Arbeitszimmers und trom-  
melte mit den Fingern gegen die Scheiben. — Er starrte mit  
ernster Miene hinaus auf den Strom, welcher leicht mit Eis  
ging, und die breite Straße, auf welcher die Menschen, warm  
eingehüllt, wie schwarze Insekten hin und her krochen, ohne von  
allemem Notiz zu nehmen und ganz in tiefes Sinnen versunken.  
Er kam aus den Gemächern seiner Frau. —

Er war nun ein Jahr bereits verheiratet und sollte in der  
Kürze Vater werden. Er würde unendlich glücklich gewesen  
sein über diese Aussicht, hätte es sich nicht hiebei gerade am  
fühlfarsten gemacht wie weit doch er und seine Gattin in ihren  
Grundbedingungen, in ihren wichtigsten Lebensansichten und  
heiligsten Gefühlen auseinandergingen.

Mariquita, anstatt jenen heiligen Schauer zu empfinden,  
welchen dieses sich immer wieder erneuende Wunder der Natur,  
diese Gnade des Himmels durch das Herz des Weibes ziehen  
läßt, anstatt zu jauchzen und zu danken, war viel eher entsetzt  
über diesen Zustand der Mutterschaft, der sie befristete und sie  
ihrer Schönheit zu berauben drohte.

Außerdem — trotzdem dieselbe stündlich ihre Niederkunft er-  
warten durfte — er fand sie joeben erst wieder dort drüben, zu-  
sammengetauert in eine Sophaede, mit einem wattierten  
Schlafrocke angetan und die Arme voller Spangen, am Morgen  
um elf Uhr schon, mit Kunitstein, Graf Waldow und noch eini-

Am 29. Juni notierten in Berlin Weizen 920—926 (plus 100  
Mark), Roggen 650—660 (+ 50), Sommergerste 780—805  
(+ 80), Hafer 685—705 (+ 60), Mais 630—635 (+ 80) Mark.  
Warenmarkt. Ein Ende der Haussee ist noch nicht ab-  
zusehen, im Gegenteil hat mit dem raschen Steigen der frem-  
den Devisenkurse auch wieder eine neue Preissteigerung in fast  
allen Warengruppen eingeseht. Und die bereits wieder laut  
werdenden Lohnforderungen werden das ihrige dazu beitragen,  
daß das Tempo der Aufwärtsbewegung sich noch beschleunigt.  
Aber auch der Käuferstreik macht Fortschritte, denn man hört  
allgemeine Klagen über den Rückgang des Umsatzes an aßen  
nicht unbedingt zum Leben notwendigen Gegenständen. Textil-  
artikel stiegen wieder am schnellsten, aber auch die Erzeugnisse  
der Metallindustrie und der Schuh- und Lederbranche gehen  
weiter hinauf. Die Lage des ordentlichen Kaufmanns wird  
immer schwieriger.

Viehmarkt. Die Preise sind in der letzten Woche nicht  
mehr gestiegen, haben aber ihre volle Höhe behauptet. Ein gu-  
tes Arbeitspferd ist nicht mehr unter 100 000 M. zu bekommen,  
und ein Paar kleine Milchschweine kosten bis zu 5000 M.

Holzmarkt. Brennholz ist immer noch rarer als Geld  
und wird jetzt bis zum 170fachen Betrag des Friedenspreises be-  
zahlt. Schnittholz und Langholz werden viel gehandelt, aber  
zu unvermindert hohem Preis.

### Die Würt. Landwirtschaft auf der Wanderaus- stellung der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in Nürnberg.

Zum erstenmal war die Würt. Landwirtschaftskammer auf einer  
D. L. G.-Ausstellung vertreten. Als Ausstellungsmaterial hatte sie  
das im letzten Jahr in Württemberg anerkannte Saatgut gewählt.  
Die in Württemberg anerkannten Saatbaugewerkschaften waren mit  
50 Saatgutproben vertreten. Von den Saatgutzüchtern hatten  
neben Hohenheim die Saatzüchter Zeiner-Neuhaus, Köflin-  
Döhlenhausen, Adlung-Sindlingen, Dr. Frank-Oberlimpurg, Jäger-  
Birkenhof sehr beachtenswerte Leistungen aufzuweisen. Dargestellt  
wurden ferner die allen modernen Anforderungen entsprechenden  
Reinigungsrichtungen der Würt. Saatgut- und Saatbaugewerks-  
chaften.

Die ausgestellten Rottke- und Grassamenproben ließen erkennen,  
daß die Würt. Landwirtschaftskammer auch auf diesem Gebiete schon  
recht gute Leistungen zu verzeichnen hat. Die weitverzweigte und  
ausgedehnte Berufstätigkeit der Landwirtschaftskammer wurde auf  
einer Uebersichtskarte dargestellt. Leider konnte infolge Verschulden  
der Bahn nicht sämtliches Ausstellungsmaterial zur Ausstellung ge-  
bracht werden. Das Ausgestellte hat jedoch allgemein große Be-  
achtung und Anerkennung gefunden. Verschiedene Aussteller wur-  
den mit Preisen und Anerkennungen bedacht.

Einen großen Erfolg haben die Würt. Schafzüchter zu verzeich-  
nen. Die Gruppe des würt. verebsten Landshafes war aus Bayern  
und Württemberg stark besetzt. In der Klasse feinerer Wolltyp war  
Graf von Neuhberg-Donzdorf auf der ganzen Linie Sieger. Dieser  
Züchter wurde mit verschiedenen Preisen sowie mit dem Max Gylh-  
Preis ausgezeichnet. In der Klasse gröberer Wolltyp hatte die Guts-  
wirtschaft Hohenheim sehr gute Erfolge zu verzeichnen. Auch auf  
diese Zucht entfielen verschiedene Preise. Das verebste würt. Land-  
schaf stand in der Gruppe der Landshafstrassen durchweg an erster  
Stelle.

Auf der Geflügelausstellung waren ebenfalls würt. Geflügel-  
züchter vertreten und wurden mit verschiedenen Preisen bedacht.

Auch an der Tabakausstellung hat sich Württemberg mit Erfolg  
beteiligt.

Auf der Ausstellung der Molkereierzeugnisse war Württemberg  
vertreten. Auch diese Aussteller hatten sehr gute Erfolge. Neben ver-  
schiedenen ersten Preisen entfiel bei Weichläse nach Limburger Art  
der Sieger-Ehrenpreis des deutschen, landwirtschaftlichen Reichs-  
verbandes mit der bronzenen Martiny-Medaille auf einen württem-  
bergischen Aussteller.

Die Württembergische Landwirtschaft hat auf der Nürnberger  
Ausstellung gute Erfolge erzielt.

gen anderen Intimen zusammen beim Kartenspiel. Sie spielte  
Quinze und rauchte Zigaretten, ganz wie immer. So konnte  
das nicht weiter gehen! — Es war etwas in dem Innern des  
Kammerherrn, das sich heftig emporbäumte. Sein Schädlich-  
keitsgefühl war tief verletzt.

Sein Haus glich des Morgens beinahe einem Wirtshause,  
seine Gattin adoptierte völlig die Ansitten ihrer Heimat, das  
Spiel, den Müßiggang und die Zigarette. Sie nahm nicht die  
geringste Rücksicht auf ihn und seine Stellung. Aber X. war  
nicht die Habana. Die Leute sprachen über seinen Hausstand,  
über seine Frau; mit vollem Recht, mußte er sich eingestehen.  
Man verdachte es ihm als dem Herrn, dem Gatten, daß er so  
nachsichtig war; — er schade sich und seiner Frau dadurch, warf  
man ihm vor. —

Man begann bereits sein Haus von verschiedenen Seiten her  
ein wenig zu meiden, man betrachtete ihn als den Mann seiner  
schönen Frau.

#### Unertüchlich!

Alles dieses und noch manches andere Peinliche zog in die-  
sem Augenblicke durch die Seele des jungen Gatten und sein  
Blick wurde immer starrer, seine Stirn immer verdüsterter unter  
der Last dieser Betrachtungen.

Man sprach über ihn und Mariquita, man machte sich lustig,  
— böse Zungen verlästerten, ja verdächtigten sie sogar, Neider  
und Klatschbasen. — Es war viel Lüge und Uebertreibung da-  
bei, aber immerhin, sie waren bereits in der Leute Mäuler. —  
Man schwieg häufig plötzlich, wenn er eintrat. Man betrach-  
tete ihn von der Seite.

Für einen Mann wie Wahlfendorf, welcher stets an der Spitze  
marschiert war, war dieser Zustand unertüchlich.

(Fortsetzung folgt.)

**Nebststandsbericht.**

Die Reben haben, wie der „Weinbau“ berichtet, unter dem Einfluß der überaus günstigen Mai- und Juniwitterung wunderbare Fortschritte gemacht: einen Monat nach dem Austrieb standen sie in voller Blüte. Die Frostschäden des 14. Mai, unter denen niedere Lagen etwas zu leiden hatten, verwischten sich bei rascher Triebentwicklung zusehends. Verlust der Mai im allgemeinen trocken, so brachte der Juni in auffallend ungleicher Verteilung ausgiebige Niederschläge und leider, wie in der Neuklinger Gegend und bei Löwenstein, verheerenden Hagelschlag. Die Stuttgarter Gegend und der Albraun hatten mehr Niederschläge als das Unterland. Bis etwa zum 20. Juni konnten die Weinberge als krankheitsfrei gelten; dann aber stieß man schon vereinzelt auf Spuren der Peronospora und des Oidium; das Regenwetter vom 17. und 18. Juni mit nachfolgenden schwülen und dämpfigen Tagen weckte das Pilzleben nicht nur an den Reben, sondern auch an allen möglichen Pflanzen. Die erste Bespritzung der Weinberge erfolgte anfangs Juni; die zweite folgte vielfach noch vor Mitte Juni und dürfte allenthalben vollzogen sein; in der Heilbronner Gegend ist man gar schon am dritten Spritzen; auch das Schwefeln ist wiederholt besorgt. Gegen den Heuwurm, der in bemerkenswerter Zähmheit auftritt, wurden besondere Maßnahmen nicht notwendig. Das Bild, das die Weinberge im allgemeinen bieten, ist über-

aus erfreulich, neben einem kippigen Triebwachstum bewundert man einen reichen Fruchtansatz. Die Gescheine zeichnen sich durch Vollkommenheit aus; verläßt die Blüte vollends gut und bleiben die jungen Traubchen vom Peronosporapilz verschont, dann sind die ersten Vorbedingungen für einen guten Herbst gegeben.

**Preisprüfungsstellen.**

Das Justizministerium gibt in seinem Amtsblatt eine Uebersicht über Einrichtung, Zweck und Aufgabenkreis der Preisprüfungsstellen. Die Aufgabe besteht in der Abgabe von Gutachten über die Angemessenheit von Preisen für Gerichte und Verwaltungsbehörden. Sie sind daher für Preisfragen öffentlich bestellte Sachverständige. Sie bestehen in Württemberg in 22 Gemeinden bezw. Bezirken, meist in den größeren Plätzen. Für das Gebiet des ganzen Landes wurde im September 1915 die Landespreisstelle errichtet, die für die Ausarbeitung von Gutachten in Preiswucherfällen auf allen Gebieten besonders geschulte Sachverständige und Kaufleute hat. Außerdem soll sie die Landesbehörden in allen die Preisentwicklung und die Versorgung der Bevölkerung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs betr. Fragen beraten und unterstützen. Außerdem führt sie eine Preisstatistik über die Entwicklung der Preise der wichtigsten Warenarten seit 1914. Die Landespreisstelle soll sich vor Einstellung eines gerichtlichen Verfahrens äußern, wenn besondere Bewirt-

schaffungsstellen nicht vorhanden sind. Bewirtschaftungsstellen sind die Landesversorgungsstelle für Amlagegetreide und daraus hergestellte Erzeugnisse, sowie für Milch, Butter, Käse und das Landesbrennstoffamt für Kohlen und Torf.

**Vom Obst- und Gemüsemarkt.**

(S. B.) Stuttgart, 1. Juli. Nach den Mitteilungen der Zentralvermittlungsstelle des Württ. Obstbauvereins E. B. war der Obstmarkt gut besetzt, die Zufuhr schnell geräumt; nur geringere Kirschgen gingen zögernd ab. Heidelbeeren, Zornisbeeren und Stachelbeeren waren nur wenige Körbchen zugeführt. Gartenerdbeeren gehen zu Ende, Waldbeeren sind noch recht rar. — Der Gemüsemarkt war reichlich mit Gelberben, kleinen Karotten, Rettichen, Erbsen und Rhabarber besetzt; auch hier war alles in kurzer Zeit verkauft. — Von Pilzen kommen jeden Markttag große Mengen herein, in der Hauptsache Steinpilze, dann Pfifferlinge, auch Champignons. Der Preis wurde durchschnittlich auf 7-8 M. per Pfund festgesetzt.

**Märkte.**

(S. B.) Rottweil, 2. Juli. (Schweinepreise.) Dem Schweinemarkt waren 154 Milchschweine zugeführt. Sie kosteten 3200 bis 6000 M. das Paar. Der Handel war sehr lebhaft; die ganze Zufuhr wurde geräumt.

Für die Schriftleitung verantwortlich J. W. B. Rudolph, Calw. Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

**Forstbezirke Calmbach, Enzklösterle, Herrenalb, Längenbrand, Meistern, Neuenbürg, Wildbad.**

**Für das Sammeln von Waldbeeren**

in den Staatswaldungen werden zufolge Verfügung der Forstdirektion folgende Vorschriften erlassen:

1. Außerhalb Württembergs wohnenden Personen ist das Sammeln nur nach Lösung eines Erlaubnisscheins gegen Bezahlung von 20 Mark und unter den im Schein enthaltenen Bedingungen gestattet.
2. Allgemein, also auch für die einheimische Bevölkerung, ist verboten:
  - a) das Sammeln an Plätzen, die durch Einzäunung oder Warnungszeichen geschlossen sind;
  - b) das Sammeln zwischen abends 6 Uhr und morgens 7 Uhr und an Sonn- und Feiertagen;
  - c) das Uebernachten in den Waldhütten oder sonst innerhalb des Staatswaldes.
3. Mit dem Sammeln darf nicht vor 3. Juli d. J. begonnen werden.

Die Erlaubnisscheine (Z. 1), welche nur für das laufende Jahr Gültigkeit haben, werden von dem unterzeichneten Amt ausgeteilt, können jedoch auch bei den übrigen Forstämtern bestellt werden; die Zusendung der Scheine erfolgt unter Nachnahme der Gebühr von 20 Mk. durch das Staatsrentamt Hirsau.

Wer den Vorschriften zuwiderhandelt, wird auf Grund von Artikel 22 des württ. Forstpolizeigesetzes bestraft.

Neuenbürg, 29. Juni 1922.

Im Auftrag:  
Forstamt Neuenbürg,  
v. Gaisberg.

**Gemeinnütz. Siedlungsverein Calw**  
e. Genoss. m. b. H.

Rechnungsabschluss  
für das 1. Geschäftsjahr vom 1. Mai — 31. Dezember 1921

Vermögen		Schulden	
M	¢	M	¢
Kassenbestand	49.45	Geschäftsguthaben der Mitglieder	32828.—
Bankguthaben	34936.45	Reservefonds (Eintrittsgelder)	996.—
Zinseinnahmen	135.52	Anzahlungen der Hausanwärter	61100.—
Neubauten:		Hypotheken	300000.—
Wegscheife	545197.81	Uebertenerungs-zuschuß	190000.—
Kapellenberg	5100.—	Sonstige Verbindlichkeiten	495.23
			585 419 23
	585 419 23		

**Mitgliederstand:**  
Eingetreten im Laufe des Jahres 93  
Ausgetreten durch Wegzug u. freiwillig durch Uebertritt zu anderen Genossenschaft. 3  
somit Stand am 31. Dezember 1921 6  
Die Geschäftsguthaben der Genossen betragen am 31. Dezember 1921 M. 32828.—  
Die Hauptsumme der Genossen betrug am 31. Dezember 1921 M. 43 500.—  
Calw, den 30 Juni 1922.

**Der Vorstand:**  
Staudenmeyer. Fischer. Widmaier.

**Von der Reise zurück**  
**Dr. med. O. Laubscher**  
Facharzt für Haut- u. Nierenkrankheiten  
**Pforzheim**  
Zerrennerstraße 7 III Fernspr. 1713  
Sprechzeit: 11-1 Uhr 3-5 1/2 Uhr.

Wirtschaftliche Gründe zwingen uns den  
**Schluß der Anzeigenannahme**  
für kleinere Anzeigen  
auf <sup>3</sup>/<sub>4</sub> 8 Uhr morgens festzusetzen.  
Anzeigen mit umfangreichem Text müssen schon den Tag vor dem Erscheinen  
spätestens <sup>1</sup>/<sub>2</sub> 4 Uhr nachmittags auf unserer Geschäftsstelle sein.  
Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Wir suchen für zwei jüngere Herrn je ein **150000 Mark**  
**möbl. Zimmer.** gesucht auf einen Geschäfts-  
Bereinigte Deckenfabriken Calw A.-G. Neubau geg. gute Sicherheit.  
Angebote unter N. N. 149 an die Geschäftsst. ds. Bl.

**Wir drucken**  
\*  
**PLAKATE  
FORMULARE  
ZEITSCHRIFTEN  
KATALOGE, PROSPEKTE  
WERTPAPIERE  
ZIRKULARE  
WERKE**  
\*  
**A. Oelschläger'sche Buchdruckerei**  
Fernsprecher 9. Calw Lederstrasse 151.

**Oberkollwangen.**  
**Das Beerenammeln**  
im Gemeindevald  
ist für Auswärtige bei Strafe verboten.  
Gemeinder. t.

**Das Geschäft**  
ist vom 3.—10. Juli  
geschlossen.  
**Ernst Schall, Calw.**

**Neue Fahrpläne**  
für den Bezirk Calw  
sind in der Geschäftsst. ds. Bl. das Stück zu 1 Mk. erhältlich.

**Filial-Leiter.**  
Für eine auf dem Lande einzurichtende  
**Polissenjen-Filiale**  
wird ein mit diesen Arbeiten bewandertes solider Mann als Filialleiter  
gesucht.  
Angebote unter B. N. 150 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Mädchen =  
Gesuch  
für Ausland**  
(Schweden.)  
Ein fleißiges, ehrliches, braves  
**Mädchen**  
für kleine Familie (4 Personen) bei hohem Lohn für Haushalt gesucht. Eintritt am 15. August. Persönliche Vorstellung erwünscht. Reise wird vergütet.  
**Frau A. Landoff,**  
Pension Adam, Hirsau

**Deckenaktie u. Kriegs anleihe**  
ge sucht.  
Angebote unter U. 151 an die Geschäftsst. ds. Bl. erbeten.

**Möbliertes Zimmer**  
gesucht für Luftreferendar ab 15. Juli oder später.  
Angebote unter S. 148 an die Geschäftsst. ds. Bl.

**Gut möbliertes Zimmer**  
so ort auf 2 Monate gegen hohe Miete gesucht.  
Angebote unter P. S. 151 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Mädchen,**  
das gut bürgerlich kochen kann und Hausarbeiten versteht, für kinderlosen Haushalt nach Bruchsal im Laufe des Monats gesucht.  
Höchster Lohn  
Zuschreibungen bitte ich unter B. N. 151 an die Geschäftsstelle dieses Bl. zu richten.

**Guterhaltene Konzerts Zither**  
zu kaufen gesucht.  
**Karl Reutter, Schreiner**  
Stammheim.